



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

7/XIII/60 - 13. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Entspannung fördern ! In der Deutschlandfrage ist alles in Fluss	71
2 - 3	Südafrika im Kampf um die Rassentrennung Mitte April fällt die Entscheidung	72
4 - 5	Die Spaltung Deutschlands verletzt das Menschenrecht Pankows Pass- und Strafgesetz vor der UNO	67
6 - 7	Blick auf Bayern Landtagswahlen werfen ihre Schatten voraus	62

\* \* \* \* \*

Entspannung fördern !

G.M.- Aus dem Wust der Nachrichten über die Vorbereitungen zu einer Gipfelkonferenz schält sich jetzt einigermaßen deutlich das Bemühen Washingtons und Moskaus heraus, bei einem möglichen Treffen der "Grossen" zumindest ein Ergebnis bei Verhandlungen über Abrüstungsfragen und damit über eine Entspannung zwischen Ost und West zu erzielen. Ganz deutlich wurde dies, als man erfuhr, dass der Generalsekretär der UNO, Hammarskjöld, seine Reise nach Moskau zunächst um eine Woche verschoben hat, weil er zu glauben scheint, dass erst dann der Boden auch für die Wiederingangsetzung des Gesprächs über Abrüstungsfragen lockerer sein könnte als dies jetzt noch der Fall ist. Hammarskjöld ist nämlich bemüht, die Russen zur Aufgabe ihres Boykotts der UNO-Abrüstungskommission zu bewegen, weil er - und nicht nur er - glaubt, dass Verhandlungen in diesem Gremium, in dem schon viele sachliche Vorarbeiten für die Abrüstung geleistet wurden, eine gewisse Erfolgchance auch für ein positives Ergebnis der Gipfelkonferenz haben könnten.

Im Vordergrund steht also das wahrscheinlich allseitige Bemühen, den Entspannungsprozess zu fördern. Wir in Deutschland sind natürlich bestrebt, unser Problem - die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands - im Zuge dieser Entwicklung auf den Verhandlungstisch zu bringen. Die offizielle Bonner Politik geht dabei von der Voraussetzung aus, dass die Kopplung der Bundesrepublik mit der strategischen Planung der NATO unbedingte erhalten bleiben müsse, und dass ein Abgehen von dieser Konzeption die Chancen für erfolgsversprechende Verhandlungen über das Deutschlandproblem verringern würde. Das ist die alte These, die Adenauer schon während der Diskussion über den Beitritt der Bundesrepublik zur EWG verteidigt hat. Später erweiterte er diese These auf den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO.

Die politischen Realitäten zeigen jedoch, dass uns dieser von Adenauer beschriebene Weg der Wiedervereinigung nicht näher gebracht hat. Im Gegenteil! Buchstäblich von Monat zu Monat ist die Spaltung Deutschlands und Europas dadurch vertieft worden, dass unsere Politik ausschliesslich auf die strategische Planung der NATO ausgerichtet war.

Deshalb mehren sich die Stimmen in Deutschland auch ausserhalb der Opposition, die gebieterisch gerade in der jetzigen Situation eine An-

derung der Adenauer-Politik fordern. Allgemein dürfte in diesen Kreisen die Auffassung sein, dass die Wiedervereinigung Deutschlands und die Überwindung der Spaltung unseres Vaterlandes und der Spaltung Europas nur zu erreichen sein wird, wenn es gelingt, zu einer politischen und militärischen Entspannung zwischen Ost und West zu kommen. Welche Prozedur angewandt werden muss, um diese sich anbahnende Entwicklung zu fördern, ohne hierbei den Status quo der Spaltung Deutschlands zu bestätigen, bleibt zunächst noch unstritten. Unbestritten ist jedoch, dass kein Festhalten an der NATO-Konzeption gerade dieser befürchtete Status quo tatsächlich verankert wird.

Nichts wäre nämlich gefährlicher für uns, als wenn wir uns einbildeten, die Lösung des Deutschland-Problems auf dem Weg über fast ausschließlich militärisch bedingte politische Massnahmen finden zu können.

In dem Rahmen der damit im Zusammenhang stehenden Erwägungen gehört auch die Diskussion über einen deutschen Friedensvertrag. Moskau hat dieses Wort in die internationale Debatte geworfen, ohne bis zum heutigen Tage genau zu definieren, welche Bedeutung es seinem Vorschlag beizumisst. Aber gewöhnlich ist es doch bei Vorschlägen aus Moskau bisher immer so gewesen, dass sie ein Teil von Überlegungen sind, die es gilt, in direktem Gespräch zu klären. Selbstverständlich wird in Deutschland niemand auf die Idee kommen, Moskau zuzustimmen, falls es etwa separierte Friedensverträge mit den Regierungen der beiden Teilstaaten Deutschlands abzuschliessen wollte. Aber wäre es nicht vorstellbar, dass sich aus einer Diskussion der ehemaligen Siegermächte auf einer Gipfelkonferenz über die Grundzüge eines deutschen Friedensvertrages eine weitere Diskussion - vielleicht in einer nächsten Phase der internationalen Verhandlungen - auch über den internationalen und militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands entwickeln könnte? Niemand kann dies mit Bestimmtheit voraussagen. Aber wäre das ein Grund, um eine vielleicht verächtlich geöffnete Tür zuzuschlagen und laut auszurufen: "Wir wollen Abschussbasen für Atom-Raketen!"?

Es bleibt also dabei: In der Deutschlandfrage ist alles in Fluss. Wir wären schlecht beraten, wenn wir nicht darauf achten würden, zunächst einmal durch eigene Beiträge zur internationalen Diskussion den schwach sich abzeichnenden Entspannungsprozess zwischen Ost und West zu fördern. In der Aufrechterhaltung der Spannung gibt es keine friedliche Lösung des Deutschland-Problems.

### Südafrika im Kampf um die Rassentrennung

F.S.-Kapstadt

Vor einigen Tagen griff der seit längerer Zeit kranke Ministerpräsident Strydom persönlich in den Wahlkampf ein. Mit dramatischen Worten beschwor der "Löwe von Transvaal" die Wählerschaft der Union, am 16. April der nationalistischen Partei ihre Stimme zu geben. Wie auch schon in früheren Jahren bestritt die Politik der Rassentrennung, die sogenannte "Apartheid", den Wahlkampf. Die Nationalisten, die sich hauptsächlich auf den burischen Bevölkerungsteil stützen können, befürworten eine absolute Trennung zwischen den Weissen, Farbigen und Schwarzen. Ihre Pläne sehen eine räumliche Umgruppierung der Volksteile vor, was, sollte jenes Projekt verwirklicht werden, die Errichtung von drei verschiedenen Ansiedlungsgebieten innerhalb der Südafrikanischen Union bedeuten würde. Hand in Hand mit diesen auf rassistischen "Prinzipien" gegründeten demographischen Zielen geht die Absicht, den etwa 10 Millionen Bantu-Negern auch in der weiteren Zukunft das Recht zu verweigern, an der politischen Gestaltung Südafrikas mitzuarbeiten. In geringem Masse gilt dies auch für die farbige Gruppe, die sich aus Indern in Natal und Mischlingen im Kapland zusammensetzt.

Man würde an den Realitäten Südafrikas vorbeigehen, wollte man behaupten, die oppositionelle "United Party" des verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten Sauts trete für das genaue Gegenteil ein, nämlich für die Übertragung der politischen Rechte an die Neger. Der jetzige Vorsitzende dieser Partei, Villier-Graaf, hat erst kürzlich zu verstehen gegeben, dass seine Partei in keinem Falle vom Grundsatz der "Apartheid" abgehen wolle. Er sei nur bestrebt, "gewisse Härten suszuschalten und einige Extreme" zu mildern. Auch die "United Party" weiss, dass ein allzu offenes Eintreten für die Belange der Neger ihr die Stimmen des britischen Volksteiles kosten könnte, der in puncto Rassenfrage sich nicht vom "Boer" unterscheidet.

Es gehört zu jenen seltsamen politischen Erscheinungen Südafrikas, dass auch die wildesten Feinde des burischen Nationalisten Strydom ihm seine Rassenpolitik kaum verübeln. Ihnen geht es mehr um die Bewahrung der demokratischen Freiheiten für die Weissen und um ein Zurückdrängen des burischen Nationalismus. So nimzt es nicht wunder, dass die Frage der Ausrufung einer südafrikanischen Republik - jenes alten Lieblings-

traumes der Buren seit 1902 - die Gemüter mehr erregt als die Behandlung der schwarzen Afrikaner. Man muss allerdings hinzufügen, dass grosse Teile der südafrikanischen Intelligenz den liberalen Ideen einer politischen Befreiung der Keger zugetan ist. Dies kam auch bei dem Streit um die Rassentrennung an den Universitäten zum Ausdruck. Auch grosse Teile des südafrikanischen Klerus beider Konfessionen sind für eine Lockerung der Rassentrennung eingetreten.

Aber - und das dürfte entscheidend sein - der grösste Teil der weissen Bevölkerung will die Rassentrennung. Diese Tatsache bestimmt darum auch die Wahlpropaganda der "United Party".

Sehr viel wurde in den letzten Tagen die Nachfolgerschaft des Ministerpräsidenten und nationalistischen Parteiführers Strydom diskutiert. Seine Krankheit, so verlautet in Kreisen der Hauptstadt, lasse ein längeres Verbleiben im Amte nicht mehr zu. Nach Ansicht von Beobachtern dürfte damit eine weitere Radikalisierung der nationalistischen Partei wahrscheinlich sein. Der Minister für die Angelegenheiten der Eingeborenen, Verwoerd, gilt als der aussichtsreichste Kandidat für das Amt des Regierungschefs und Parteiführers. Wer ihn und seine Politik den Negern gegenüber kennt, weiss, dass er für die absolute Durchführung der "Apartheid" eintritt.

In diesem Zusammenhang ist es nicht erstaunlich, dass einflussreiche Kreise der südafrikanischen Industrie im steigenden Masse besorgt sind. Sie befürchten, dass die räumliche Trennung der Rassen die Wirtschaft ihres wichtigsten Faktors berauben wird, nämlich des schwarzen Arbeiters. Aus diesen Grunde allein wäre ihnen an einer moderierten Politik gelegen.

Es ist nicht daran zu zweifeln, dass der Ausgang der südafrikanischen Wahlen für die anliegenden Gebiete von Bedeutung sein wird. Dies trifft besonders auf den nächsten Nachbarn der Union, die Rhodesische Föderation zu, wo der Kampf zwischen den radikalen Rassentrennern und den Gemässigten erneut entbrannt ist. Der Rücktritt des Premiers Todd ist ein ernstes Zeichen dafür, wie sehr man dort die Ereignisse in der Union beobachtet und wie sehr die burischen Nationalisten als Vorbild dienen. Das aber könnte ein sehr aussichtsreiches Projekt der Kooperation zwischen Weiss und Schwarz, nämlich den "Vielrassenstaat" zumindest gefährden und damit eine ernste Bedrohung für eine friedliche Lösung der Rassengegensätze in Afrika darstellen.

13. März 1958

### Die Spaltung Deutschlands verletzt das Menschenrecht

K.J. Auf ihrer mehrere Wochen andauernden Sitzung wird sich jetzt die UNO-Kommission für Menschenrechte mit einem sehr wichtigen innerdeutschen Problem beschäftigen : mit den Auswirkungen den im letzten Dezember erlassenen neuen Paß- und Strafrechtsgesetzen Pankows. Das "Kuratorium Unteilbares Deutschland" hat der Kommission eine entsprechende Beschwerdeschrift zugeleitet, und auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, übersandte ihr umfangreiches Erfahrungsmaterial.

Paß- und Strafrechtsergänzungsgesetz Pankows verstossen gegen das Menschenrecht. Wenn ein Staat die Bewegungsfreiheit seiner Bürger derart beschränkt, wie das die SED-Regierung tut, und wenn er jeden mit hohen und höchsten Zuchthausstrafen bedroht, der politisch unbequeme Kontakte mit Freunden und Verwandten im anderen Teil des gemeinsamen Vaterlandes unterhält - dann verletzt er die Grundsätze des Menschenrechts. Immer mehr Personen- und Berufsgruppen in der Zone wird es seit Sommer letzten Jahres verboten, Besuchsreisen in die Bundesrepublik zu unternehmen. Alarmierend sind die jüngst veröffentlichten Zahlen über den Rückgang des Reiseverkehrs, der durch die Pankower Knebelungen mehr als nur halbiert worden ist. Der Sohn darf die Mutter, die Schwester den Bruder nicht mehr besuchen, wenn es dem Regime nicht paßt. Es häufen sich die Gerichtsurteile gegen einfache Menschen, die mündlich oder brieflich Freunden und Bekannten in Westdeutschland irgendwelche im Grunde harmlose Mitteilungen über die Verhältnisse in der Zone machten : Pankow kann das als "Spionage" auslegen, als "Agententätigkeit", als "Weitergabe von Nachrichten". Und darauf steht Zuchthaus.

Pankows neue Gesetzwillkür hat nichts mehr mit dem natürlichen Recht eines Staates zu tun, seine Grenzen zu schützen und seine Sicherheit zu wahren. Und das selbst dann nicht, wenn die Bundesrepublik wirklich "Ausland" wäre. Man kommt ja heute einfacher nach Trinidad oder Ottawa als von Rostock nach Lübeck ...

Als dieser Tage eine Bergarbeiterfamilie aus dem Ruhrgebiet, ordnungsgemäß mit allen Papieren ausgestattet, zur Leipziger Messe fahren wollte, unterwegs aber für ein paar Stunden Verwandte in Mansfeld besuchte, wurde sie "straffällig" nach dem Paßgesetz: die "Volkepolizei" diktierte wegen "Verlassens des vorgeschriebenen Reisewegs"

13. März 1958

eine Geldstrafe von 100 DM und schob die Familie unverzüglich in die Bundesrepublik ab.

Künftig werden solche Vorfälle unglimpflicher ausgehen : der Chef der SED-Partaikontrollkommission, Hermann Matern, hat bereits angekündigt, daß die Pankower Regierung immer dann "energisch zurückschlagen" werde, wenn in Westdeutschland "Friedenskämpfer" verfolgt würden. Die Drohung ist unmißverständlich. Sie richtet sich gegen in die Zone reisende Bundesbürger, die nach den neuen Gesetzen auf vielfältige Weise schikaniert, bestraft, eingesperrt werden können. Die neuen Reiseverschärfungen gehen ja nicht nur Zonenbewohner an, die man bei Verstößen gegen das Paßgesetz mit einer Haftstrafe bis zu drei Jahren belegen kann und die, schreiben sie einmal einen unvorsichtigen Brief, nach dem Strafrechtsergänzungsgesetz als "Staatsfeinde" mit zehn Jahren Zuchthaus rechnen müssen.

Wenn die Menschenrechtskommission der UNO auch Pankow verurteilt - ändern wird sie damit freilich nichts an den Machtverhältnissen in der Zone. UNO-Entscheidungen machen aus Diktaturen keine Demokratien. Das erwies und erweist sich weiter beispielsweise im Fall Ungarn : das Kadar-Regime wurde verurteilt, vollstreckt aber noch heute Todesurteile an Teilnehmern des Aufstandes vom Herbst 1956. Soviel aber ist sicher : die Weltöffentlichkeit wird einmal mehr erfahren, wie unerträglich die Verhältnisse in der Sowjetzone sind, wie dringend die deutsche Frage einer Lösung bedarf. Außer den Großmächten gehören der Menschenrechts-Kommission der UNO etliche außereuropäische Nationen an, die in mancher Beziehung noch sehr unklare Vorstellungen von der deutschen Tragödie haben.

Die deutsche Spaltung ist nicht nur nach außen eine Gefahr für den Weltfrieden - sie hat den inneren Frieden vieler Deutscher längst zerstört. Die Spaltung zerstrampelt seit dreizehn Jahren Menschenrecht und Menschenwürde bei uns, und es wird immer schlimmer. Das muß der Weltöffentlichkeit laut und vernehmlich gesagt werden.

Blick auf Bayern

G.K.A. - München

Wilhelm Högners Erklärung auf dem Parteitag der südbayerischen SPD in Burghausen, man werde mit einer nach den Herbstwahlen möglicherweise siegreichen CSU keine Koalition eingehen, wenn der SPD nicht ernsthaftere politische Zugeständnisse gemacht würden, hat viele Beobachter bayrischer Politik überrascht. Der ehemalige Ministerpräsident galt bisher als Vertreter jener Sozialdemokraten, die in einer grossen Koalition mehr für die Partei zu erreichen können glaubten als in der Opposition.

Seilvanz der CSU

Högners so frühzeitig angedeuteten Forderungen stellen auch nicht gerade eine Ermunterung für jene CSU-Politiker dar, die unbeschadet des Wahlausgangs den schwarz-roten Bund erneuern möchten. Diese Gruppe war erst unlängst durch den allerdings nicht mehr sehr einflussreichen "älteren Staatsmann" der CSU, Dr. Josef Müller, ernüchtert worden, wobei Dr. Müller diejenigen seiner Parteifreunde heftig attackierte, die, wie er sagte, politisches Wirken durch "Wehrauchfassl-Schwenken" ersetzten. Dabei kann man allerdings nicht übersehen, dass Dr. Müller als Sprecher eines Teils der "Jungen Union" angesehen wird und dass gewisse Reibungen zwischen klerikalen und weniger klerikalen CSU-Politikern häufiger geworden sind. Auch hat sich nicht verheimlichen lassen, dass bei den bevorstehenden Landratswahlen gewisse CSU-Kandidaten offen vom Klerus unterstützt werden, andere hingegen gar nicht. Das hängt zum Teil mit der Stellungnahme einzelner Politiker im "christlichen Lager" zu Schul- und Lehrerbildungsfragen zusammen. Trotz persönlicher Intervention des Kardinals bei der Bayernpartei ist der Versuch des Ministerpräsidenten Seidel, die Lehrerbildung rasch über die Bühne zu bringen, wie an dieser Stelle schon zu Beginn des Jahres prophezeit, gescheitert. Unter dem wank auch sanften Druck der öffentlichen Meinung haben sich FDP und sogar der BHE dem Seidel-Plan widersetzt, und ob bei den Kompromiss-Verhandlungen etwas herauskommt, ist mehr als fraglich. Besonders seit der Ministerpräsident zu fürchten Anlass hat, dass ihn bei der Abstimmung nicht nur die FDP und die erhofften Bayernpartei-Stimmen fehlen werden, sondern möglicherweise auch einige Stimmen aus dem eigenen Lager. Bei der CSU hört man übrigens die witzigsten Kommentare



zu der Auszeichnung, die ihr "Benedictiner Parteiloch" Franz Josef Strauss wegen seines vorbildlichen katholischen Lebenswandels erfahren hat...

#### 1 000 Verdienstorden als Stimmungsmache

Neben der harten Masse "Lehrerbildung" kommt eine neue unangenehme Sache auf den Ministerpräsidenten und seinen Kultusminister zu. Dass Kultusminister Prof. Kaunz aus der Würzburger Studentenschaft heraus wegen seiner NS-Vergangenheit angegriffen wurde, wird kaum ein grosses Echo haben, wenn auch zur Zeit Veröffentlichungen von Prof. Kaunz aus dem Jahre 1956 publik gemacht werden, in denen er die halbfaschistische Staatsverfassung von Portugal preist. Bedauerlich ist der Beschluss der philosophischen Fakultät der Universität München wegen Mangel an Lehrpersonal den Numerus clausus einzuführen. Das bedeutet, dass zu Beginn des Sommersemesters über 1 000 Studenten die grösste Universität der Bundesrepublik verlassen müssen, weil von im bayrischen Kultusministerium nach dem Sturz Dr. Högners ein schon genehmigtes Aushilfsprojekt zur Überbrückung der seit langen bekannten Schwierigkeiten, schliesslich zu den Akten legte.

Wenn es der Regierung nicht gelingt, den Studienausschluss von über 1 000 Studenten der Geisteswissenschaften zu verhindern, wird sie eine böse und schmerzliche kulturpolitische Schlappe erleiden, die sie kaum durch die baldige Verleihung der 1 000 bayrischen Verdienstorden wettmachen können. Dieser treffliche Staatsakt konnte bisher nicht stattfinden, weil die mit der Herstellung der bayrischen Orden beauftragte Fabrik nicht rechtzeitig fertig geworden ist.

Einer der vorgesehene Ordens-Empfänger ist der nach mehrfacher Amtszeitverlängerung in den Ruhestand tretende fränkische Regierungspräsident Dr. Schregole. Der einzige unter Bayerns sieben Regierungspräsidenten, der als "rot" galt. Man wartet daher gespannt, ob die angeblich auch in der Personalpolitik geplante Toleranz des Kabinetts Dr. Seidel soweit gehen wird, dass man einen Sozialdemokraten oder wenigstens einen der SPD nahestehenden Beamten als Nachfolger Schregoles ernennen wird.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel